NIGERIA

„Soldat geht, Soldat kommt“

Am Ostersamstag stehen in Afrikas bevölkerungsreichstem Land Präsidentschaftswahlen an, als Favoriten gelten zwei ehemalige Militärs. Doch nun stürzen Gewaltexzesse und die Besetzung von Ölförderanlagen den Staat immer tiefer ins Chaos. Bricht die Republik auseinander?

GEORGE OSODI / AP

TOBY SELANDER / GALBE.COM

Regierungssoldaten bei Suche nach Aufständischen, Ölplattform im Niger-Delta: *„Humanitäre Katastrophe“*

Als die Eindringlinge ihr grausiges Werk verrichtet hatten, standen sie fast knietief im Blut. „Sie hatten bis spät in die Nacht gewartet, um sicherzugehen, dass alle schliefen“, erinnert sich ein Überlebender des Massakers. Dann schlugen sie zu, setzten Hütten und Häuser in Brand, schossen mit ihren Schnellfeuergewehren wahllos ins Dorf und „zerhackten die Flüchtenden mit ihren Buschmessern“. Am Ende hatte der Blutrausch mehr als 100 Menschen das Leben gekostet, 500 Verletzte mussten behandelt werden, 21 000 Menschen aus der gesamten Region ergriffen die Flucht.

„Wir haben es mit einer humanitären Katastrophe zu tun“, klagt Emmanuel Ijewere, Präsident des nigerianischen Roten Kreuzes, nach dem brutalen Überfall von Fulani-Viehnomaden auf Bewohner des Dorfes Dumne im schroffen und unzugänglichen Nordosten Nigerias. Bei den an Grausamkeiten kaum noch zu überbietenden Kämpfen geht es um immer knapper werdendes Weideland. Ethnische Rivalitäten und religiöse Auseinandersetzungen haben in Nigeria seit 1999 bereits über 10 000 Menschenleben gekostet.

Der Vorfall vor gut einem Monat hat eine neue Welle der Gewalt in dem westafrikanischen Staat ausgelöst, in dem in zwei Wochen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stattfinden sollen und vor dem das Berliner Auswärtige Amt inzwischen Reisende warnt: „Bei einem Überfall wird, angesichts der Gewaltbereitschaft der Täter, empfohlen, keinen Widerstand zu leisten (Lebensgefahr!).“

Seit drei Wochen toben bereits die Kämpfe um die wirtschaftlich wichtigen Ölförderanlagen im Niger-Delta, wo Rebellengruppen von den Stämmen der Ijaw und Itsekiri sich schwere Gefechte lieferten. Die Regierung in Abuja entsandte Soldaten, um die Unruhen niederzuschlagen. Doch besetzten Ijaw-Milizen zahlreiche Förderanlagen. Westliche Ölkonzerne, darunter ChevronTexaco und Shell, räumten daraufhin zeitweise ihre Bohrplattformen und Terminals.

Hintergrund des Aufruhrs, der bereits Dutzende Menschenleben gefordert hat, sind umstrittene Änderungen der Wahlkreise durch den amtierenden Präsidenten Olusegun Obasanjo, 68. Angehörige des Ijaw-Stammes werfen dem Präsidenten vor, die Wahlkreise zu Gunsten der Itsekiri-Minderheit geändert zu haben. Ein Ijaw-Anführer zu Journalisten: „Wir haben die Ölanlagen besetzt, und wir werden sehr lustige Sachen damit machen.“

Wahlkampfveranstaltung für Präsident Obasanjo:

Aus der 13-Millionen-Einwohner-Metropole Lagos wurden derweil brutale Polizeieinsätze gegen demonstrierende Studenten gemeldet. In der Ölstadt Port Harcourt endeten Wahlveranstaltungen zweier rivalisierender Parteien in blutigen Straßenschlachten, bei denen vorsichtigen Schätzungen zufolge 100 Menschen ums Leben kamen. Vorigen Monat fiel der prominente Oppositionspolitiker Harry Marshall, Mitglied der „All Nigeria People's Party" von Herausforderer Mohammed Buhari, einem Attentat zum Opfer.

Angesichts des Gemetzels befürchten Beobachter wie der Politologe Philip Mtimkulu von der „University of South Africa" in Pretoria bereits ein Auseinanderbrechen des mit 127 Millionen Einwohnern bevölkerungsreichsten Landes des Kontinents. „In diesem gewalttätigen Klima", sagt Mtimkulu voraus, „können Wahlen keine breit anerkannte Zentralgewalt hervorbringen." Wie auch immer die Abstimmung ausgehe, „die Gefahr eines Putsches ist riesengroß". Schließlich ist noch niemals seit der Unabhängigkeit Nigerias 1960 die Macht von einer zivilen Regierung auf die nächste übergegangen.

Nicht auszuschließen, dass Präsident Obasanjo, dem das Monatsmagazin „Business in Africa" bei der „Bewältigung von Krisen diktatorische Tendenzen" bescheinigt, deshalb den Ausnahmezustand verhängt und die Wahlen auf einen ihm günstigeren Zeitpunkt verschiebt. Denn die Unruhen so kurz vor den am Ostersamstag anberaumten Wahlen passen dem Präsidenten, der sich im Ausland gern als Musterdemokrat und Kämpfer gegen Korruption und Misswirtschaft feiern lässt, kaum ins Konzept.

Hatte der Christ Obansanjo, dem die Friedrich-Ebert-Stiftung 1996 ihren Menschenrechtspreis verlieh, die letzten Präsidentschaftswahlen vor vier Jahren nicht zuletzt mit den Stimmen aus dem muslimischen Norden Nigerias gewonnen, so dürfte er es bei dem diesjährigen Wahlgang ungleich schwerer haben.

Der einstige Ausgleichspolitiker Obasanjo, der öffentlich gern in seiner Stammestracht erscheint, hat seither verschiedene Urteile der Scharia, die schon in zwölf nördlichen Bundesstaaten praktiziert wird, als verfassungswidrig verurteilt und sich damit den Zorn der Muslime zugezogen, die immerhin 50 Prozent der Bevölkerung stellen.

Immer wieder kommt es zu Gewaltexzessen zwischen Muslimen und Christen. So zettelten, als im vergangenen Jahr die Miss-World-Wahlen in Nigeria stattfinden sollten, fanatische Muslime angesichts der zu erwartenden Damenparade schwerste Unruhen an: In der Stadt Kaduna starben dabei 215 Menschen.

Obwohl 30 politische Parteien zugelassen wurden, gilt der Urnengang als „Wahl zwischen zwei Übeln" („Business in Africa"). Als Kandidat der Muslime und einziger ernst zu nehmender Herausforderer des ehemaligen Generals Obasanjo ist der frühere Militär-Diktator Mohammed Buhari angetreten. Und das Magazin „New African" spottet – ein Lied des populären nigerianischen Musikers Fela Kuti zitierend – bereits: „Soldier go, soldier come".

Denn auf die Frage, mit welchem Titel er angesprochen werden möchte, pflegt der Herausforderer zu antworten: „Ich bevorzuge General – das habe ich mir verdient." Tatsächlich hatte Buhari, der zuvor bereits Militärgouverneur im nigerianischen Nordosten gewesen war, am Silvestertag 1983 eine Gruppe eher abenteuerlustiger Soldaten angeführt, um die Zivilregierung seines Vorgängers zu beseitigen. Während seiner 20-monatigen Amtszeit regierte er mit drakonischen Herrschaftsmethoden, Journalisten und Oppositionelle verschwanden hinter Gittern. Damals sprach er von einem „Krieg gegen Disziplinlosigkeit". Heute gilt Buhari seinen Kritikern als unerbittlicher Advokat der Scharia.

Welcher Ex-General auch immer die Wahlen in Nigeria gewinnt – die Wahrscheinlichkeit, dass er einen Pyrrhussieg erringt und ein unregierbares Staatsgebilde übernehmen muss, ist gewaltig. Zu tief sitzt der Hass zwischen den Religionen, zu dominant sind die Interessen der verschiedenen Stämme, zu reich das Land an Bodenschätzen, um es widerstandslos einem anderen zu überlassen. Schließlich ist Nigeria siebtgrößter Ölexporteur der Welt und fünftwichtigster Lieferant der USA, täglich fördern Konzerne wie ChevronTexaco, Shell und TotalFinaElf zwei Millionen Barrel Öl.

„Die Welle der Gewalt wird nicht zu stoppen sein", sagt Politikwissenschaftler Mtimkulu. Und als Nächstes werde sie die ehemalige Republik Biafra erreichen. Schon ertönen auch dort die Rufe nach Unabhängigkeit vom Rest Nigerias immer lauter.

Nicht mehr lange, fürchten viele Nigerianer, und es könnten sich die apokalyptischen Zustände der späten sechziger Jahre wiederholen. Damals kämpfte die Ostregion Biafra schon einmal für die Sezession. Die Folge war eine unbarmherzige Belagerung durch die überlegene nigerianische Armee – mehr als eine Million Menschen wurden durch Hunger und Seuchen dahingerafft.

JAN PUHL, THILO THIELKE

PIUS UTOMI EKPEI / AFP

„Diktatorische Tendenzen bei der Bewältigung von Krisen"